

schaftsdienst ist Ruhezeit', wir sagen 'Bereitschaftsdienst ist Arbeitszeit'."

Bislang zeigen die Arbeitgeber insgesamt kaum die Einsicht, dass das EuGH-Urteil zur Arbeitszeit nicht nur in Spanien, sondern auch in Deutschland umgesetzt werden muss. Es ist klar: Gotha und Kiel werden nicht die einzigen bleiben, die klagen. Die Uhren stehen also auf Sturm. Weitere Gerichtsverfahren sind wohl notwendig, bis ein neuer Realismus Einzug hält und die Arbeitgeber zu vernünftigen Verhandlungen zwingt.

Marburger Bundes, im voll be-

im niedergelassenen Bereich si-

solle, um für den Wettbewerb

beutung, die schon mit Sätzen

(Kommentar), 3 und 4.

GESETZLICHE KRANKENVERSICHERUNG

Beitragssatzerhöhung

AOK Hessen prescht vor

Frankfurt (bah). Das rot-grüne Ziel der Beitragssatzstabilität wackelt heftig: Mitte letzter Woche kündigte die AOK Hessen an, dass sie ihren Beitrag zum 1. Juli um einen Prozentpunkt auf 14,8 Prozent erhöhen wird. 16 Millionen DM minus hat die Kasse im letzten Jahr gemacht.

Als nächster Erhöhungskandidat könnte Baden-Württemberg auf der Liste stehen. Die Ersatzkassen halten sich zur Zeit noch bedeckt, aber Insider gehen davon aus, dass auch hier der Kostendruck spätestens An-

fang nächsten Jahres durchschlagen wird.

Zeitgleich gerät Ministerin Ulla Schmidt (SPD) unter Druck. Die steigenden Beitragssätze der GKV sind nach Ansicht von Dr. Frank Ulrich Montgomery, Vorsitzender des Marburger Bundes, auch auf eine „konturlose“ Politik Schmidts zurückzuführen. Zum Erhalt eines bezahlbaren und hochwertigen Gesundheitswesens müssten unverzüglich „systemrevolutionierende Reformmaßnahmen“ eingeleitet werden.

Finanzloch

Kassen legen Quartalszahlen vor

Bonn (bah). Tiefrot sind die Zahlen, die die Gesetzliche Krankenversicherung Anfang Juni vom 1. Quartal 2001 vorgelegt hat. Die GKV-West verzeichnete einen Ausgabenüberhang von 2,45 Mrd. DM, wobei durch einen Finanztransfer von rund 1,1 Mrd. DM die GKV-Ost ein Plus von 0,23 Mrd. DM verbuchen konnte.

Das Bundesgesundheitsministerium beschwichtige zwar, dass diese Werte zu erheblichen Teilen auf Schätzungen beruhen und kaum Prognosen für die

weitere Entwicklung zulassen.

Aber schon jetzt ist klar, dass durch den GKV-Finanzausgleich und die erste Stufe des gesamtdeutschen Risikostrukturausgleiches im Jahr 2001 insgesamt 4,8 Mrd. DM von Westdeutschland nach Ostdeutschland fließen werden, was rund 2 Mrd. DM mehr als im Vorjahr bedeutet.

Der durchschnittliche Beitragssatz lag April 2001 bundesweit mit 13,53 Prozent (West 13,49 Prozent, Ost 13,66 Prozent) um 0,11 Beitragssatzpunkte unter dem Wert von Anfang 1998:

BETRIEBSVERFASSUNG

Gesetz verabschiedet

Berlin (dpa). Der Bundestag hat die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes verabschiedet. Während die PDS dem rot-grünen Entwurf zustimmte, lehnten Union und FDP ihn mit Hinweis auf die derzeitige Konjunkturschwäche als mittelstandsfeindlich ab. Sie kritisieren, dass die Wahl von Betriebsräten in Kleinbetrieben erleichtert und die Schwellen für die Zahl sowie für die Freistellung von Betriebsratsmitgliedern herabgesetzt wurden. Das Gesetz tritt am 1. August in Kraft und kann bei den Betriebsratswahlen im kommenden Jahr angewandt werden.

IN DIESER AUSGABE INFORMIEREN WIR SIE UNTER ANDEREM ÜBER:

Ärztinnen ...

... sollten ihre Sache vehementer vertreten. Das meint Dr. Sibylle Eberle, Vorstandsmitglied des Marburger Bundes.

Das Ausland ...

... lockt mit guten Angeboten, zum Beispiel nach Frankreich. Tipps dazu gab es beim Kongress Via medici.

Das Internet ...

... ist ein Arbeitsplatz für Ärztinnen und Ärzte. Wie das aussieht, schildert der Autor Dr. Marc Kurepkat.

Auch Ärzte ...

... sind unter gewissen Umständen von der Reform des Altersvermögensgesetzes, der Riester-Rente, betroffen.

Das Studium ...

... verändert die angehenden Ärzte. Wie, das beschreibt Prof. Andrea Abele-Brehm in ihrer Studie zu diesem Thema auf

Seite 3

Seite 3

Seite 4

Seite 6

Seite 7

Nr. 9 vom 29. Juni 2001

BA
29751X
ZB MED